

# Merseburger Korrespondent

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 2,50 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 2,70 Mk.; durch die Post 2,70 Mk. auswärts Bestellnachdruck unter Bezeichnung auf dem Couvert 3.— Mk. Einzelnummer 10 Pf. Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Anzeigenpreis: Für die einpolige Zeile oder deren Raum 30 Pf. im Reklameteil 1,00 Mk. Chiffrenanzeigen und Stadtaussagen 20 Pf. mehr. Placardarbeit ohne Bezahlung. Schluss der Anzeigen-Nachnahme 9 Uhr vormittags. Telefon Nr. 324.

Nr. 51.

Dienstag, den 11. März 1919.

45. Jahrg.

## Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

### Die Entwaffnung Deutschlands.

Aus dem Haag wird berichtet: Ueber die militärischen Bedingungen des Friedensvertrags nach den neuen Vorschlägen Lloyd Georges wird noch bekannt, das die deutsche Armee auf eine Höhe von 200.000 Mann vermindert werden soll. Die Zahl der aktiven Offiziere wird begrenzt. Hilfsformationen sind verboten. Die Dienstpflicht ist abzuschaffen, doch wird eine völlige Auflösung des Heeres nicht verlangt, weil die Regierung eine Armeeorganisation notwendig hat, um den Einfluss der Bolschewisten zu bekämpfen, die sonst ganz Europa bedrohen würden. Das gesamte militärische Angriffsmaterial ist zu vernichten; militärische Wissenschaft darf in Deutschland nicht mehr betrieben werden. Vereine dürfen keinen militärischen Charakter tragen. Die Vorräte an Waffen und Munition sind entsprechend zu beschränken; ihr Umfang wird von den Alliierten kontrolliert. Die Einfuhr von Kriegsmaterial aber Waffen dazu ist verboten, ebenso die Erzeugung von Giftgasen. Die deutsche Armee hat sich weit hinter die Landesgrenzen zurückziehen bis auf eine noch festzustellende Linie. Diese Bestimmungen werden genügen, um Frankreich zu sichern gegen eine militärische Angriffsmacht Deutschlands, so das der Wiederaufbau ungehindert vor sich gehen kann, und der Bestand des Völkerverbundes nicht gefährdet wird.

### Die Entente prüft noch!

Bei den Verhandlungen in Trier hatte Erzberger noch am 15. Februar, um die Aufnahme verschiedener deutscher Forderungen in das Verhandlungsabkommen ersucht. Diese betrafen u. a. die Freigabe der deutschen Gefangenen, die Freigabe der Küstenhöfen, der Verkehr zwischen Belgien und unbesetztem Gebiet usw. Doch lehnte damals die Aufnahme dieser Forderungen in das Abkommen ab, verwarf aber, sie den alliierten Regierungen zu unterbreiten. Auf erneute Anfrage hat sich jetzt telegraphisch, das die Wehrmacht diese Fragen augenblicklich noch geprüft wird.

### Eine neue Note.

In der Vollziehung der deutschen Waffenstillstands-Kommission in Spa vom 6. März ist im Auftrag der deutschen Regierung den Alliierten eine Note übergeben worden, in der erklärt wird, das die deutschen Vertreter in Trier auf keinerlei Verpflichtungen eingegangen sind, durch die das Verfügungsrecht der deutschen Wehrmacht über ihre Gebiete und über Wertgegenstände im Auslande irgendeine Beschränkung erlitten. Die deutsche Regierung ist der Meinung, das die Alliierten die Verpflichtungen einzugehen, die sie übernommen hat und denen sie nachzukommen beabsichtigt ist.

### Uebersicht der Vorgänge im Auslande während der letzten Tage.

Aus der Fülle von Auslandsberichten, die während des Nichterscheinens unseres Blattes eingelaufen sind, können wir nur einige interessante Nachrichten kurz wiedergeben.

In den letzten Sitzungen der Waffenstillstandskommission in Spa erklärte General Hubant, Frankreich übernehme den Schutz der deutschen Kriegsgefangenen. Er teilte weiter mit, das eine französische Kommission unter der Führung des früheren Professors für französische Literatur an der Universität Berlin, Jaguennin, nach Berlin kommen wird, um die Lebensmittelerzeugung Deutschlands zu fördern. General Liman von Sanders Pascha befindet sich gegenwärtig auf Malta. General Hubant glaubt nicht, das beschäftigt ist, ihn vor ein Kriegsgericht zu stellen.

Die französische Presse brachte Nachrichten über die angeblichen unzulässigen Waffenstillstandsbedingungen, die Deutschland nach ihrer Angabe Mitte nächster Woche vorgelegt werden sollen.

Einer Wiener Meldung vom 1. März zufolge berichtet ein Junkspruch aus Washington, das Präsident Wilson am Freitag die Urkunde unterschrieb, durch welche die Vereinigten Staaten einen Kredit von einer halben Milliarde Franken für die Verproviantierung der hungernden Bevölkerung Mitteleuropas eröffnen. Die englische Presse fordert die sofortige Aufhebung der Blockade vor Verschwendung der bolschewistischen Erbschaft.

Lloyd George hielt auf den Westküsten eine Rede, in der er die kleinen Nationen davor warnte, sich über die Grenzen ihrer Rasse hinaus auszuweiten. Der Spannungsdruck wurde von dem englischen Ministerpräsidenten als „verhängnisvoller Irrtum“ bezeichnet.

Orlando erklärte in der ersten Sitzung der italienischen Kammer unter dem begeisterten Jubel der Deputierten, Italien bestehe auf dem Besitz von Fiume.

Aus Kopenhagen wurde gemeldet, das das Ministerium Zahlen angeht, die die Opposition der konservativ-agrarischen Landbewirtschaftler zurückweisen ist.

## Der Kampf um die Sozialisierung in der deutschen Nationalversammlung.

Ueber die Sonntags-Sitzung wird uns aus Weimar berichtet: Präsident Scheffelsch eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Min. In Fortsetzung der

### Veratung des Sozialisierungsgesetzes

und des Gesetzes über die Regelung der Kolonialwirtschaft führte Abg. Henck (N. S.) u. a. aus: Die breiten Massen der Arbeiter erwarten mit vollem Recht von der Sozialisierung eine

### Verbesserung ihrer Lebenslage.

Das die Vorleser ohne Beendigung erscheint, sind von meinen

## Neueste Nachrichten.

### Fürstliche Sparratifikation.

Berlin, 10. März. Nach ihrem Mikroskop in Berlin beistgen die Sparratifikationen Sonnabend ab 10 Uhr abends nach dem Reichstag gegen die Beschlüsse des 1. Lesens, die am 3. März einen Sparratifikationsvertrag unter bedingten Verbleib abgelehnt hatte. Die Sparratifikationen erarbeiteten sämtliche Offiziere, Wehrmeister und Soldaten, nach der „S. S.“ angeblich 60 an der Zahl.

### Wie Weimar wäpft.

Weimar, 10. März. (Fris-Tele.) In Weimar fanden gestern die Wahlen zur Landesversammlung statt. Bis 10 Uhr abends wurden Stimmen gezählt für: Deutsche Demokraten 58 000, Arbeiterpartei 4782, Deutschnationale 3137, Deutsche Volkspartei 1186, Unabhängige Sozialdemokraten 902 und Zentrum 401.

### Der einen neuen Generalstabschef?

München a. M., 10. März. (Fris-Tele.) Die Lage im Reichsheer hat sich wieder verschärft. 20 000 Regimentsarbeiter befinden sich im Auslande. In einem Memorandum, das nach Berlin und Weimar geschickt wurde, wird mit dem Generalstabschef gefordert, falls bis heute nachmittags 3 Uhr der Oberbefehlshaber nicht abgesetzt ist, die verbleibenden Sparratifikationsverträge freizugeben und das Reichsheer neu zu organisieren. — Gegen nachmittags fünf Uhr wurden dem Regiment 150 in Stärke von 1500 Mann mit schweren und leichten Geschützen und einer Abteilung Kavallerie einmarschiert. Der Einmarsch ist ohne Störung erfolgt.

### Berliner Forderungen verbotten!

Berlin, 10. März. (Fris-Tele.) Die „Arbeiter“, die „Republik“ und die „Neue Berliner“ sind verboten wegen ihrer aufreizenden Haltung verboten worden. In den letzten Berliner Werten haben die Zeitungen offen gegen die Erhebung gehandelt, was in aufreizenden Artikeln das Volk zum bewussten Widerstand verleitete. Die Zeitungen sollen jetzt wieder erscheinen, wenn sie veröffentlichen, ihre Sachverhalte so zu ändern, das weitere Verhalte an Reichsbehörden erpariert werden.

Freunden sehr besorgt. Mit der Hilfe kam man sich nicht entschuldigen, denn die Sozialisierung des Bergbaus und einer ganzen Anzahl anderer Betriebe ist eine einfache Aufgabe, deren Lösung die Arbeiter selbst gefordert haben. Doch hinsichtlich meiner Parteifreunde kann die Sozialisierung nur auf dem Wege des schrittweisen Aufbaus gelöst werden. Die Arbeiter sind durch den Krieg zu einem Bewusstsein erwacht, was dem heutigen Stande der Dinge entspricht. Ihre Unzufriedenheit ist in ihren Forderungen zum Ausdruck gekommen, statt sie einfach zu verurteilen und zu dem Sage zu kommen: Gewalt gegen Gewalt. Auch meine Parteifreunde erkennen ohne weiteres an, das die Schwierigkeiten gerade gegenwärtig sehr groß sind. Wir stehen der Sozialisierung ruhig und nichtig gegenüber. Ihre Schwierigkeiten sind groß. Man muß deshalb die genügende Vorsicht walten lassen, die aber in der Regierungsverträge zu weit geht.

Herrn Hugenberg (N. S.): Meine Parteifreunde werden entsprechend ihrem Programm mit jeder Art Sozialisierung einverstanden sein, für die überwiegende Gründe des Gemeinwohls sprechen. Man kann aber nicht so sozialisieren, wie Sie betonen.

### unzufrieden über öffentlichen Gehaltswürde

es wollen. Wir sehen grundräftig auf dem Boden der freien Wirtschaft. Wenn jetzt das Demagogentum der Straße, das sich dem Unternehmertum entgegenstellt, von der Regierung gestützt wird, so nimmt man dem Privatbetrieb das Lebenselement. Der sogenannte Selbstverwaltungskörper, auf dem die Kriegsgesellschaft, wird in der Praxis noch viel schlimmer sein, als die Verwirklichung. Das deutsche Volk will und muß wieder ebnlich werden. Ohne freie Wirtschaft gibt es aber keine Wirtschaft.

### Ministerpräsident Scheidemann:

Die Bekämpfung, die Regierung habe unter dem Druck der Straße diese Vorlagen gemacht, weiß ich auf das entschiedenste zurück. Mit solchen Bekämpfungen geben Sie nur den Wehren, die und durch Gewalt auf der Straße zwingen wollen, die Ueberzeugung, das sie in der Tat nur Gewalt angewandten brauchen, um etwas zu erreichen. Wir haben jetzt, wo der Augenblick da gekommen ist, angefangen.

### an der Regierungsprogramm zu verwickeln.

Bei der Eisenbahnverstaatlichung haben die Privatbahnbetreiber genau so gehandelt, wie jetzt Herr Hugenberg und seine Freunde, die auf das Haus den Eindruck eines ihrer gerechten Interessenten gemacht hat. Die Unterstellung, als sei das deutsche Volk unehrlich, weiß ich entschieden zurück. Wir können die Fäden vor den Fingern der Zeit nicht verstellen. Gegenüber den Forderungen werden wir mit äußerster Entschlossenheit und unbewagten die Fäden handhaben. Ich mache kein Hehl daraus, das ich den Waffenstreck in diesem Augenblick

### als politisches Kampfmittel verwerten

muß. Er war in diesem Augenblick ein Verbrechen an dem ganzen deutschen Volk. Es ist aber nicht die Regierung, das sie auf Freiheit nicht mit ihren Forderungen antwortet, sondern den berechtigten Kern herauszuschälen sucht und das tut, was dem allgemeinen Wohle dient. Das glauben wir am besten zu tun, wenn wir nach den politischen Regeln je auch die wirtschaftlichen lösen, wenn wir die Arbeiter zu gleichberechtigten Mitverwaltern des wirtschaftlichen Lebens machen. Was hier geschieht, ist ein woblurchdachter Plan, der nicht scheitern kann. Was die Schmach von Millionen in allen Ländern gewesen, seit es eine Arbeiterbewegung gibt, das soll hier zum ersten Male zu Tat werden. Darin soll die deutsche Republik ein Vorbild der ganzen Welt sein, das sie tief zu erschließen und ohne Zaudern ausführt. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Wolfersbach (Soz.): Die Kapitalisten sind in manchen Betrieben vollständig überflüssig geworden. Nach dem Zusammenbruch der alten Gesellschaft müßten die Arbeiter ihre Forderungen

### Die neuen Waffenstillstandsbedingungen.

Am 10. März. (Fris-Tele.) Aus Paris wird gemeldet: Im Kabinettsrat für auswärtige Angelegenheiten wurde am 9. März ein neuer Waffenstillstandsvertrag über die englische Forderungen. Sobald diese angenommen werden, kann die Aufnahme der Friedensverhandlungen sofort erfolgen.

### Sitzung der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 10. März. (Fris-Tele.) Der General Hubant leitern den Transport deutscher Truppen auf dem Seewege nach Venedig ab und hatte, stellt die heutigen deutsche Note fest, das im Falle einer weiteren Zerschlagung der schwachen, ohne Rücksicht gefassten deutschen Forderungen an der Entente ausschließlich die Entente die Verantwortung dafür zu tragen hat, wenn das bolschewistische Verbrechen weiterer Landfriede überflutet. Deutscherseits sei alles notwendige geschehen. — Ferner trug der Vertreter der deutschen Regierung an, es die französische Friedensnote anzunehmen, das den deutschen Anwälten nach Paris geschickt werden.

### Verhängung des Strafrechts.

Berlin, 10. März. (Fris-Tele.) Der Reichsminister über die Strafrecht über Berlin, Danzig ist jede Person, die mit den Waffen in der Hand gegen die Regierungskräfte kämpft angetroffen wird, ohne Weiteres zu erschließen.

### Auch in England dümmert.

Am 10. März. (Fris-Tele.) In der Sitzung des englischen Kabinetts drängen Lord Lansdowne und Lord Curzon auf rasche Wiedering der Blockade. Lord Lansdowne legte die Beziehungen in Mittelamerika zu bewerten, die die Entente zu der vorgeschlagenen Form wird aus dem wirtschaftlichen Stand herausbringen.

Abg. Buchsch (Soz.): Mancher faunt heute über das Verlangen der breiten Masse nach Sozialisierung. Er würde nicht staunen, wenn er sich nicht in die Gefühle der breiten Volksmassen hineinversetzen könnte. Trotz der glänzenden Umwidmung nach noch in unserer Wirtschaftsbildung nicht alles vollkommen und das Schlimme nur, das

Arbeiter wurde bisher als nicht gleichberechtigt angesehen. Er kam nicht als Mensch zur Geltung, sondern nur als Arbeitskraft. Aber wir leben doch nicht, um zu produzieren, sondern wir produzieren, um zu leben. Von einer entscheidungsfindenden Organisation kann man nicht sprechen werden. Es ist ein alter Satz, das die Bodenfrage der Gleichheit gehen.

Hierauf werden die Verhandlungen bis 1/2 Uhr nachmittags ausgesetzt.

### Die Nachmittagsitzung.

Abg. Wallbaum (Deutschnat.): Wäre man in der Schwerindustrie früher zu der Erkenntnis gekommen, den Arbeiter als gleichberechtigten Faktor anzuerkennen, dann wäre manches in den letzten Monaten unerschickter. Wenn das Experiment der Sozialisierung nicht den gewöhnlichen Erfolg hat, ist es mit unserer Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber auf unabweisbare Weise vorüber.

### Reichsminister Hoesler:

Das Kabinet ist in der Frage der Sozialisierung vollkommen einig. Einigkeit in das Eigentum werden kommen, und die sind auch notwendig, denn

### Der überprüfte Eigentumsbegriff

ist nicht zuletzt der Untergrund der sozialen Uebel, unter denen wir zu leben haben und damit auch der Revolution selbst. Was die Sozialisierung auch im schlimmsten Falle bringen kann, würde bei diesem nicht so schlimm sein, als was durch das Scheitern dieser Vorhaben zugemutet werden ist. Es muß ein Abg. gefunden werden, um die Arbeitsfreudigkeit des Volkes zu erhalten, und das ist der Weg einer vernünftigen Sozialisierung. (Beifall.)

Abg. Koenen (Unabhängiger): Was jetzt geschieht, steht durchaus nicht im Einklang mit dem, was wir unter Sozialisierung verstehen. Aus der gegenwärtigen Krise kommen wir nur heraus, wenn die Arbeiter in großem Umfange an den Betrieben interessiert werden. Wollen wir aus der Krise herauskommen, so müssen wir uns das Kapitalien nicht herum. Das Kapitalien wird die Arbeitskraft übernehmen. Der Lohn der Arbeiter läßt sich im Halbschatten nicht befähigen. Die Zusammenfassung der Kollektive ist auf die Unternehmer zugeschnitten.

### Reichswirtschaftsminister Wülfel:

Von einer freien Betätigung des Unternehmers kann unter der Herrschaft des Kapitalienbegriffs keine Rede sein. Herr Hugenberg meint die Sozialisierung eine Finanzwirtschaft. Aber einen größeren Zwang als im Kapitalienbegriff wird es in der Sozialisierung nicht geben. Wir wollen kein Zwangsrecht der Wirtschaft mit ihren Forderungen und mit ihrer Bürokratie und ihren Geschäftsgängen für das Volk verweigern. Wir wollen nicht die deutsche Industrie und das deutsche Gewerbe sozusagen zu einer riesigen alles aufzulebenden Finanzwirtschaft machen, sondern wir wollen freie Wirtschaft in der wirtschaftlichen Betätigung zusammenfassen in einheitlicher Selbstverwaltung. Der Geist der Unterordnung des Einzelnen unter das Ganze muß das ganze Volk beherrschen.







# Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 2,50 Mk., durch den Boten frei ins Haus 2,70 Mk., durch die Post 2,70 Mk. auswärts Postgebühren durch unsere Vertreter auf dem Lande 5.—, — Einlagennummer 10 Pf. Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Abonnementspreis: Für die einjährige Zeitzeile oder deren Raum 30 Pf., im Reklameteil 1,00 Mk., Schriftzettel und Anzeigenkarten 20 Pf. mehr. Anzeigenpreis: 6 Ull. monatlich. Schluss der Anzeigenannahme: 9 Uhr nachmittags. — Telefon Nr. 324.

Nr. 51.

Dienstag, den 11. März 1919.

45. Jahrg.

## Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

### Die Entwaffnung Deutschlands.

Aus dem Haag wird berichtet: Ueber die militärischen Bedingungen des Friedensvertrages nach den neuen Vorschlägen Lloyd Georges wird noch bekannt, daß die deutsche Armee auf eine Polizeimacht unter 200000 Mann vermindert werden solle. Die Zahl der aktiven Offiziere wird begrenzt, Hilfsmittel sind verboten. Die Dienstpflicht ist abzuschaffen, doch wird eine völlige Aufhebung des Gesetzes nicht verlangt, weil die Regierung eine Abrüstungsorganisation notwendig hat, um den Einfluß der Rüstungsindustrien zu bekämpfen, die sonst ganz Europa bedrohen würden. Das gesamte militärische Angriffsmaterial ist zu vernichten; militärische Wissenschaft darf in Deutschland nicht mehr betrieben werden. Vereine dürfen keinen militärischen Charakter tragen. Die Vorräte an Waffen und Munition sind entsprechend zu beschränken; ihr Umfang wird von den Alliierten kontrolliert. Die Einfuhr von Kriegsmaterial oder Rohstoffen dazu ist verboten, ebenso die Erzeugung von Giftgasen. Die deutsche Armee hat sich weit hinter die Landesgrenzen zurückziehen bis auf eine noch festzustellende Linie. Diese Bestimmungen werden jedoch, um Frankreich zu sichern gegen eine militärische Angriffsmöglichkeit Deutschlands, so daß der Wiederkaufbau ungehindert vor sich gehen kann, und der Bestand des Völkerbundes nicht gefährdet wird.

### Die Güntere prüft noch!

Bei den Verhandlungen in Triest hatte Erzberger noch am 15. Februar um die Aufnahme verschiedener deutscher Forderungen in das Verhandlungsabkommen ersucht. Diese betrafen u. a. die Freigabe der deutschen Geislingen, die Freigabe der Röhrenschiffahrt, den Verzicht auf gewisse Gebiete usw. und umfingebare Gebiet usw. Hoch leitete damals die Aufnahme dieser Forderungen in das Abkommen ab, ver sprach aber, sie den alliierten Regierungen zu unterbreiten. Auf eine Anfrage hat Hoch jetzt telegraphisch, daß die Mehrzahl dieser Fragen augenblicklich noch geprüft wird.

### Eine neue Note.

In der Vollmacht der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa vom 6. März ist im Auftrag der deutschen Regierung den Alliierten eine Note übergeben worden, in der erklärt wird, daß die deutschen Vertreter in Triest auf keinerlei Verpflichtungen eingegangen sind, durch die das Verfügungsrecht der deutschen Wehrangehörigen ihre Outgaben und ihre Werbepreise im Auslande irgendwie schränkt wird. Die deutsche Regierung ist sich der Wichtigkeit der Sache bewußt und wird die Alliierten ersuchen, die sie übernehmen hat und denen sie nach dem Vertrag verpflichtet ist.

### Uebersicht der Vorgänge im Auslande während der letzten Tage.

Aus der Halle von Auslandsberichten, die während des Nichterscheinens unseres Blattes eingelaufen sind, können wir nur einige interessante Nachrichten kurz wiedergeben.

In den letzten Sitzungen der Waffenstillstandskommission in Spa erklärte General Nubant, französisch übernehme den Schutz der deutschen Kriegesgefangenen. Er teilte weiter mit, daß eine französische Kommission unter der Führung des früheren Professors für französische Literatur an der Universität Berlin, Haguenau, nach Berlin kommen wird, um die Lebensmittelversorgung Deutschlands zu studieren. General Eiman v. Sanders Bartha befindet sich gegenwärtig auf Malta. General Nubant glaubt nicht, daß beachtlich ist, ihn vor ein Kriegesgericht zu stellen.

Die französische Presse brachte Nachrichten über die angeblichen endgültigen Waffenstillstandsbedingungen, die Deutschland nach ihrer Angabe Mitte nächster Woche vorgelegt werden sollen.

Einer Wiener Meldung vom 1. März zufolge berichte ein Junkspruch aus Washington, daß Präsident Wilson am Freitag die Urkunde unterschrieb, durch welche die Vereinigten Staaten einen Kredit von einer halben Milliarde Franken für die Vereinigten Staaten Mitteleuropas eröffnen. Die französische Presse brachte Nachrichten über die angeblichen endgültigen Waffenstillstandsbedingungen, die Deutschland nach ihrer Angabe Mitte nächster Woche vorgelegt werden sollen.

Die italienische Regierung in Rom hat die italienischen Regierung in Triest mitgeteilt, daß das Ministerium agrarischen Landbesitzes...

Die italienische Regierung in Rom hat die italienischen Regierung in Triest mitgeteilt, daß das Ministerium agrarischen Landbesitzes...

Die italienische Regierung in Rom hat die italienischen Regierung in Triest mitgeteilt, daß das Ministerium agrarischen Landbesitzes...

Die italienische Regierung in Rom hat die italienischen Regierung in Triest mitgeteilt, daß das Ministerium agrarischen Landbesitzes...

Die italienische Regierung in Rom hat die italienischen Regierung in Triest mitgeteilt, daß das Ministerium agrarischen Landbesitzes...

Die italienische Regierung in Rom hat die italienischen Regierung in Triest mitgeteilt, daß das Ministerium agrarischen Landbesitzes...

Die italienische Regierung in Rom hat die italienischen Regierung in Triest mitgeteilt, daß das Ministerium agrarischen Landbesitzes...

Die italienische Regierung in Rom hat die italienischen Regierung in Triest mitgeteilt, daß das Ministerium agrarischen Landbesitzes...

Die italienische Regierung in Rom hat die italienischen Regierung in Triest mitgeteilt, daß das Ministerium agrarischen Landbesitzes...

## Neueste Nachrichten.

### Fruchtbarer Sparratenaufbau.

Berlin, 10. März. Nach ihrem Mikroskopi in Berlin besetzten die Sparratenaufbauenden alleu Wüstenerg und unternehmen einen Nachzug gegen die Holzgewässer des 1. Novembers, die am 4. März einen Sparratenaufbau unter beiderseitigen Verträgen abgeschlossen hatte. Die Sparratenaufbauenden 1187, Deutsche Volkspartei 1186, Unabhängige Sozialdemokraten 902 und Zentrum 401.

### Wie Weimar wählt.

Weimar, 10. März. (Priv.-Tel.) In Weimar fanden gestern die Wahlen zur Landesversammlung statt. Bis 10 Uhr abends wurden Stimmen gezählt für: Deutsche Demokraten 5800, Reichsbürgerliche 422, Sozialdemokraten 3187, Deutsche Volkspartei 1186, Unabhängige Sozialdemokraten 902 und Zentrum 401.

### Vor einem neuen Generallieferanten?

Milheim a. Ruhr, 10. März. (Priv.-Tel.) Die Lage im Ruhrgebiet hat sich wieder verschärft. 20 000 Bergarbeiter befinden sich im Ausstand. In einem Mittelnachricht, das nach Berlin und Weimar gehen wurde, wird mit dem Generallieferanten gekämpft, falls bis heute nachmittags 3 Uhr der Überbergarbeiter nicht abgesetzt ist, die verbleibenden Sparratenaufbauenden nicht freizulassen sind und das Bergarbeiten geendet wird, das weitere Anwerben für freiwillige Formale (Wehrmannsstuppen) unterbleiben. — Gestern nachmittags sind Truppen vom Regiment 159 in Stärke von 1500 Mann mit Schern und leichten Geschützen und einer Abteilung Kavallerie eingetroffen. Der Einmarsch ist ohne Zwischenfälle.

### Berliner Zeitungen verboten!

Berlin, 10. März. (Priv.-Tel.) Die „Freiheit“, die „Republik“ und die „Neue Berliner“ sind verboten wegen ihrer aufreizenden Stellung bezogen worden. In den letzten Berliner Wahlen haben die Zeitungen offen gegen die Ordnung getrieben und in aufreizender Weise das Volk zum bewaffneten Widerstand verführt. Die Zeitungen sollen sofort wieder erscheinen, wenn sie versprechen, ihre Sachverhalte so zu ändern, daß weitere Verluste an Menschlichem repariert werden können.

Freunden sehr besorgt. Mit der Hilfe kann man sich nicht entschuldigen, denn die Sozialisierung des Bergbaus und einer ganzen Anzahl anderer Betriebe ist eine einfache Aufgabe, deren Lösung die Arbeiter selbst gefordert haben. Auch Ansicht meiner Parteifreunde kann die Sozialisierung nur auf dem Wege des schärftesten Klassenkampfes gelöst werden. Die Arbeiter sind durch den Krieg und seinen Begleiterscheinungen aus dem zeitlichen Bewußtsein gekommen, haben aber nicht vergessen, was ihnen an dem Kampf um die Sozialisierung der Wirtschaft geschehen ist. Ihre Ungleichheiten in ihren Forderungen sollte man zu verstehen fähig, hat sie einmütig zu unterstützen und zu dem Ende zu kämpfen. Gewalt gegen Gewalt. Auch meine Parteifreunde erkennen ohne weiteres an, daß die Sozialisierung gerade gegenwärtig sehr große sind. Wir haben der Sozialisierung ruhig und nüchtern gegenüber. Ihre Schwierigkeiten sind groß. Man muß deshalb die geeignete Vorrichtung lassen, die aber in der Regierungsvorlage zu weit geht.

Herrn Hagenberg (Dr. W.): Meine Parteifreunde werden außerordentlich ihrem Programm mit jeder der Sozialisierung einverstanden sein, für die überlegene Gründe des Gemeinwohls sprechen. Man kann aber nicht so sozialisieren, wie die beiden

### zufrieden oberflächlichen Gesichtsweise

es wollen. Wir sehen genugsam auf dem Boden der freien Wirtschaft. Wenn jetzt die Vermögensgegenstände der Straße, das ist dem Unternehmern entgegenstellt, von der Sozialisierung fertig wird, so nimmt man dem Privatbetrieb das Lebenselement. Der sogenannte Selbstverwaltungsbesitzer, der deutsche Kriegesgefangene, wird in der Praxis noch viel schlimmer sein, als die Verstaatlichung. Das deutsche Volk will und muß wieder erlöset werden. Ohne freie Wirtschaft gibt es aber keine Wirtschaft.

### Ministerpräsident Scheibemann:

Die Behauptung, die Regierung habe unter dem Druck der Straße diese Vorlagen gemacht, weise ich auf das entschiedenste zurück. Mit solchen Behauptungen geben Sie nur den Leuten, die uns durch Gewalt auf der Straße zwingen wollen, die Ueberzeugung, daß sie in der Tat nur Gewalt angewendet brauchen, um etwas zu erreichen. Wir haben jetzt, wo der Augenblick dazu gekommen ist, angefangen,

### unser Regierungsprogramm zu verwirklichen.

Bei der Eisenbahnverstaatlichung und der Privatisenbahnbesitzer genau so gehandelt, wie jetzt Herr Hagenberg und seine Freunde, die auf das Haus den Grundriss eines jüngerer Interessen gemacht hat. Die Unterstellung, als sei das deutsche Volk unehrlich, weise ich entschieden zurück. Wir können die Doren von den Säulen der Zeit nicht verschließen. Gegenüber Verbrechen werden wir mit härtester Entschlossenheit und unbegann die Gesetze handhaben. Ich mache kein Spiel daraus, daß ich den Augenblick in diesem Augenblick

### als politisches Kampfmittel verwenden

muß. Er war in diesem Augenblick ein Verbrechen an ganzem deutschen Volk. Es ist aber Pflicht der Regierung, daß sie auf Freiheit nicht mit neuen Korrekturen antwortet, sondern den berechtigten Kern herauszufassen sucht und das tut, was dem allgemeinen Wohle dient. Das glauben wir am besten zu tun, wenn wir nach den politischen Regeln jetzt auch die wirtschaftlichen lösen, wenn wir die Arbeiter zu gleichberechtigten Mitverwaltern des wirtschaftlichen Lebens machen. Was hier geschieht, ist ein wackrig-daher Plan, der nicht scheitern kann. Was die Sehnsucht von Millionen in allen Ländern gewesen, seit es eine Arbeiterbewegung gibt, das soll hier zum ersten Male zur Tat werden. Darin soll die deutsche Republik ein Vorbild der ganzen Welt sein, das die Tat entschlossen und ohne Zaudern ausführt. (Lachender Beifall.)

### Herrn Hagenberg (Soz.): Die Kapitalisten sind in manchen

Betrieben vollständig überflüssig geworden. Nach dem Zusammenbruch der alten Gesellschaft müßten die Arbeiter ihre Forderungen

### Die neuen Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin, 10. März. (Priv.-Tel.) Aus Paris wird gemeldet: Am Samstagsabend für Außenminister führte Finanzminister Klotz aus, die neuen Waffenstillstandsbedingungen seien die einzigen feststehenden. Sobald diese angenommen werden, kann die Aufnahme der Friedensverhandlungen sofort erfolgen.

### Sitzung der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 10. März. (Priv.-Tel.) Da General Nubant gestern den Transport deutscher Truppen auf dem Seewege nach Arabien ablehnt hat, stellt die heutige deutsche Note fest, daß im Falle eines weiteren Zurdrängens der Alliierten, ohne Nachdruck gelassen werden sollte, um die Sicherheit der Truppen die Güntere die Verantwortung dafür zu tragen hat, wenn das britische Vorgehen weitere Nachteile überbringt. Zeitlichereits ist alles notwendige geschehen. — Ferner fragte der Vertreter der deutschen Regierung an, ob die französische Zeitungsnachricht zutrifft, daß deutsche Sanitätstruppen nach Paris amgeführt werde.

### Verhängung des Ständrechts.

Berlin, 10. März. (Priv.-Tel.) Der Oberkommandierende in den Western, Reichswehrminister Ludowik, hat gestern das Ständrecht über Berlin danach in jede Person, die mit den Waffen in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ohne weiteres zu ergreifen.

### Licht in England dümmert.

Amsterd., 10. März. (Priv.-Tel.) In der Sitzung des englischen Oberhauses brachten Lord Lansdowne und Lord Balfour auf reiche Bitterheit der Rede. Lord Lansdowne sagte: Die Verhältnisse in Mitteleuropa heizen ansehender einer Scherbrock an, die vielleicht eine der verhängnisvollsten sind, die jemals in der abgelaufenen Welt vorgekommen wäre.

durchgehen. Es wird eingewendet, die Sozialisierung der Bergwerke erleichtere der Güntere die Beschäftigung. In englischen und französischen Volk wird eher geneigt sein, den sozialistischen Nationalisten etwas nachzugehen, als dem geflochtenen deutschen Volk. Man sieht in Deutschland daran, nach beschleunigtem Wucher der Kapitalismus einlaß zu verlieren. Die Sozialisierung in der vorgeschlagenen Form wird aus dem notwendigen

Herrn Hagenberg (Soz.): Mancher glaubt heute aber daß der Langer der keinen Waffen nach Sozialisierung. Er würde nicht hängen, wenn er sich nicht in die Fehle der dritten Sozialisten hineinverwirren könnte. Trotz der glänzenden Entwicklung war doch in unserer Wirtschaftsordnung nicht alles vollkommen und das Schlimme war, der

Arbeiter wurde bisher als nicht gleichberechtigt angesehen. Er kam nicht als Mensch zur Geltung, sondern nur als Arbeitskraft. Aber wir leben doch nicht, um zu produzieren, sondern wir produzieren, um zu leben. Von einer entscheidenden Entscheidung kann gar nicht gesprochen werden. Es ist ein alter Satz, daß die Berechtigungen der Gehaltigkeit gehören.

Hierauf werden die Verhandlungen bis 1/2 Uhr nachmittags ausgesetzt.

### Die Nachmittagsitzung.

Herrn Hagenberg (Soz.): Wäre man in der Schwereindustrie früher zu der Erkenntnis gekommen, den Arbeiter als gleichberechtigten Partner anzuerkennen, dann wäre manches in den letzten Monaten unterblieben. Wenn das Experiment der Sozialisierung nicht den gewünschten Erfolg hat, ist es mit unserer Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber auf unabweisbare Zeit vorüber.

### Reichsminister Gieseler:

Das Kabinett ist in der Frage der Sozialisierung vollkommen einig. Eingriffe in das Eigentum werden kommen, und die sind auch notwendig, denn

### Der überpaule Eigentumsbegriff

ist nicht zuletzt der Untergrund der sozialen Welt, unter denen wir zu leben haben und damit auch der Revolution selbst. Was die Sozialisierung auch im schlimmsten Falle bringen kann, würde bei weitem nicht so schlimm sein, als was durch das Kohlenkrisis in der Verbrauchern zugemutet worden ist. Es muß ein Weg gefunden werden, um die Arbeiterfreibeiheit des Volkes zu erhalten, und das ist der Weg einer vernünftigen Sozialisierung. (Beifall.)

Herrn Hagenberg (Soz.): Was jetzt geschieht, steht durchaus nicht im Einklang mit dem, was wir unter Sozialisierung verstehen. Als der jetzigen wirtschaftlichen Krise kommen wir nur heraus, wenn die Arbeiter in größter Umlage an den Betrieben interessiert werden. Wollen wir aus der Krise herauskommen, so kommen wir um das Kabinett nicht herum. Das Kabinett wird die Arbeitslosigkeit überwinden. Der Herr der Arbeiter läßt sich mit Halbesleben nicht befähigen. Die Zusammensetzung der Kabinette ist auf die Unternehmung zugeschnitten.

### Reichswirtschaftsminister Hüffel:

Von einer freien Beschäftigung des Unternehmers kann unter der Herrschaft des Kohlenkrisis keine Rede sein. Herr Hagenberg meint die Sozialisierung eine Zwangsmaßnahme. Aber einen größeren Zwang als in Kohlenkrisis wird es in der Sozialisierung nicht geben. Wir wollen keineswegs die Kriegswirtschaft mit ihren Fehlern und mit ihrer Korruption und ihren Enttäuschungen für das Volk verewigen. Wir wollen nicht die deutsche Industrie und das deutsche Gewerbe sofügen zu einer riesigen aufsteigenden Kleinrentiergesellschaft machen, sondern wir wollen schaffende Menschen in der wirtschaftlichen Beschäftigung zusammenfassen in einheitlicher Selbstverwaltung. Der Geist der Unterordnung des Einzelnen unter das Ganze muß das ganze Volk befeuern.

colorchecker CLASSIC

Das Ministerium agrarischen Landbesitzes...

Sozialisierung verfassungsmäßig.

aus Weimar berichtet: um 10 Uhr 20 Min.

gesetzliches Wirtschaftsführer Abg. offen der Arbeiter erzie eine tsilage.

Das Ministerium agrarischen Landbesitzes...